

Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2007). Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36(4), 445-469. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-211458>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Franz Urban Pappi (Mannheim)

Partei- und Koalitionskriterien der österreichischen Wählerschaft für die Nationalratswahl 2006

Ergebnis-orientiertes Wählen berücksichtigt die Folgen der eigenen Stimmabgabe für die Regierungsbildung. Das ist in Mehrparteiensystem generell schwierig und war bei der Nationalratswahl 2006 wegen der vielen plausiblen Regierungsoptionen besonders schwierig. Trotzdem haben die österreichischen WählerInnen Koalitionspräferenzen entwickelt. In dem Beitrag wird zunächst die Partei- und Koalitionskonstellation aus der WählerInnenperspektive insgesamt beschrieben und mit den politischen Einstellungen der Wählerschaft interpretiert. Dann interessiert das Verhältnis zwischen den Partei- und Koalitionspräferenzen bei den einzelnen WählerInnen, weil nicht einfach davon ausgegangen werden kann, dass letztere eine simple Folge der ersteren sind. Im dritten Schritt kann dann nachgewiesen werden, dass die Koalitionspräferenzen auch bei Kontrolle der Parteipräferenzen einen eigenständigen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Es existiert ein interner Mobilisierungseffekt, der Anhänger einer Partei zur Wahlentscheidung für ihre Partei umso mehr motiviert, je stärker eine bestimmte Koalitionspräferenz der eigenen Partei mit einem plausiblen Koalitionspartner vorhanden ist. Und es existiert ein externer Mobilisierungseffekt bei WählerInnen ohne starke Parteipräferenz. Je positiver diese Gruppe eine große Koalition bewertet hat, desto stärker wuchs die Bereitschaft SPÖ zu wählen, während die ÖVP generell von Koalitionspräferenzen weniger profitierte.

*Keywords: Koalitionswählen, strategisches Wählen, Koalitionspräferenzen, Parteipräferenzen, Issuepräferenzen
coalition voting, strategic voting, coalition preferences, party preferences, issue attitudes*

1. Einleitung

Die letzten drei österreichischen Nationalratswahlen waren jeweils für eine Überraschung gut. Gelang es 1999 dem Vorsitzenden der an WählerInnenstimmen drittstärksten Partei Kanzler zu werden, war 2002 von einer Erd-rutschwahl die Rede (vgl. Plasser et al. 2003; Plasser/Ulram 2005). 2006 schließlich wurde die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) wider Erwarten stärkste Partei. Zu allen drei Überraschungen gab die Österreichische Volkspartei (ÖVP) Anlass. Ihr Stimmenanteil war 1999 auf 26,9 Prozent der gültigen Stimmen gefallen, was in absoluten Zahlen einem um 415 WählerInnen schlechteren Ergebnis

entsprach als der sonst gewöhnlich drittstärksten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Sitze hatten die Parteien gleich viel erreicht, je 52 gegenüber den 65 der SPÖ und den 14 Sitzen der Grünen. Von ihrem schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte der Republik Österreich machte die Volkspartei 2002 einen Sprung auf 42,3 Prozent, um schließlich 2006 knapp hinter der SPÖ zu landen, und dies, obwohl man auf der Basis von Umfragen damit rechnen konnte, dass die ÖVP wieder stärkste Partei werden würde. Sie erreichte mit 34,3 Prozent einen Prozentpunkt weniger als die SPÖ, für die absolut 47.493 mehr Stimmen abgegeben wurden. Diesen Stimmen verdankt der heutige Bundeskanzler sein Amt.

In diesem Aufsatz wird untersucht, inwieweit zu diesem Ergebnis auch Koalitionsüberlegungen der WählerInnen beigetragen haben. Davor wird in dieser Einleitung die Koalitionssituation aus Sicht der Parteien behandelt und das Koalitionswählen aus Sicht der sozialwissenschaftlichen Literatur.

Die Volkspartei hatte ein letztes Mal vor 2002 1986 ein Wahlergebnis von über 40 Prozent erreicht. Das hat sie nach einer langen Zeit der Opposition als Juniorpartner in eine große Koalition mit der SPÖ geführt. Nach dem großen Erfolg 2002 waren die Erwartungen für 2006 höher gespannt gewesen.

Die mit der Wahlabsichtsfrage gemessene Popularität der ÖVP schien ihr seit dem Frühjahr 2006 einen deutlichen Vorsprung von 4 bis 5 Prozentpunkten vor der SPÖ mit etwa 35 Prozent zu sichern. Gegen Ende des Wahlkampfes schien dieser Vorsprung allerdings zu schrumpfen.

Am 14.9.2006 berichtete die Tageszeitung „Die Presse“ (www.diepresse.com) als Ergebnis einer von ihr beim IMAS-Institut in Auftrag gegebenen Umfrage, dass die ÖVP mit 36 bis 38 Prozent rechnen könne und die SPÖ mit 34 bis 36 Prozent. Als drittgrößte Partei wurden die Grünen mit etwa 11 bis 12 Prozent prognostiziert, dahinter die FPÖ mit 7 bis 8 Prozent. Mit dem Einzug dieser vier Parteien in den Nationalrat war demnach sicher zu rechnen. Dagegen lautete die Prognose für das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ – auf dem Stimmzettel firmierend als „Die Freiheitlichen – Liste Westenthaler – BZÖ“) 2 bis 3 Prozent, was ein wahrscheinliches Scheitern an der Vier-Prozent-Klausel signalisierte. Ein mit 4 bis 5 Prozent höherer Anteil wurde für die „Liste Dr. Martin – für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit“ vorausgesagt. Das BZÖ war im Frühjahr 2005 als Abspaltung von der FPÖ gegründet worden und blieb mit ihren früher der FPÖ angehörigen MinisterInnen im Kabinett Schüssel. Es war also zum Zeitpunkt der Nationalratswahl der vom Koalitionspartner ÖVP nicht als stabil angesehene Regierungspartner. Mit der Liste Martin schließlich versuchte der fraktionslose österreichische Abgeordnete im Europaparla-

ment seinen Erfolg der Europawahl 2004 bei der Nationalratswahl zu wiederholen. Diese Kandidatur und die als schlecht eingestuften Chancen einer aktuellen Regierungspartei machten den Wahlkampf spannend und die Erwartungsbildung über die Zusammensetzung des neuen Parlaments und die Regierungsbildung extrem schwierig.

Mit dieser Schwierigkeit mussten nicht nur die WählerInnen, sondern auch die Parteien leben, die mit klaren Koalitionssignalen geizten. Die Volkspartei hielt sich fast alle Optionen offen und ließ lediglich eine große Distanz zur FPÖ und der Liste Martin erkennen. Von Seiten der Sozialdemokraten und der Grünen erschien sowohl eine Koalition miteinander als auch jeweils allein mit der ÖVP möglich. Aus einzelnen Stellungnahmen kann man auf eine etwas größere Neigung zu Rot-Grün schließen als auf Rot-Schwarz bzw. Grün-Schwarz. Was die beiden linken Parteien auf alle Fälle ausschlossen, war eine Koalition mit den rechten Parteien FPÖ oder BZÖ. Diese beiden Parteien, bis 2005 in der alten FPÖ vereint, wollten nicht gemeinsam in eine Regierung eintreten. Das BZÖ schloss genauso wenig wie die ÖVP eine Fortsetzung ihrer Koalition unter Kanzler Schüssel aus.

Bei diesen vielen Regierungsoptionen fehlt eine klare bipolare Zuspitzung. Immerhin kann man grob zwischen der Linkskoalition Rot-Grün als einer Koalition des Machtwechsels und einer möglichen Mitte-Rechtskoalition als Fortsetzung der bisherigen Koalition und der großen Koalition bzw. einer Koalition der Volkspartei mit den Grünen als Optionen der linken Mitte unterscheiden. Koalitionen zwischen einer rechten und einer linken Partei unter Ausschluss der ÖVP erschienen dagegen ausgeschlossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Österreich nur einmal zu einer Gesamtablöse einer Regierung, als 1970 die Alleinregierung der ÖVP unter Bundeskanzler Klaus durch die erste Alleinregierung der SPÖ unter Bundeskanzler Kreisky abgelöst wurde. Wenn es bei der Regierungsbildung zu einer neuen Parteienzusammensetzung kam, dann ansonsten nur zu einer Teilablöse wie 1999 und schließlich 2006 (vgl. Müller 2006, 298). Im Wahlkampf 2006

entsprach die große Koalition als Teilablöse der bürgerlichen Koalition aus ÖVP und BZÖ also am besten dem vorherrschenden Muster von Regierungsneubildungen in Österreich.

Auch die Abwesenheit klarer Regierungsalternativen macht es verständlich, dass die Wahlforschung den Koalitionspräferenzen der österreichischen WählerInnen wenig bis keine Aufmerksamkeit schenkt (vgl. als Beleg die Aufsätze in Plasser/Ulram 2007a). Das liegt sicher auch an dem stabilen Hauptergebnis der Frage nach den Koalitionspräferenzen: Bei den WählerInnen ist die große Koalition aus ÖVP und SPÖ am beliebtesten (vgl. für die 90er Jahre Ulram und Müller 1995, 28 und aktuell unsere Tabelle 2). Alternativen dazu stachen 1994 wie 2002 und 2006 eher durch hohe Ablehnungsquoten hervor (vgl. Ulram/Müller 1995, 28; für 2002 Plasser et al. 2003, 139, 141 und für 2006 unsere Tabelle 2).

Verständlich ist auch die Zurückhaltung der Parteien, sich auf klare Regierungsoptionen festzulegen und dies durch ständige, möglichst gegenseitig sich bestätigende Koalitionssignale zu einem Hauptthema des Wahlkampfes zu machen. Trotzdem ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, dass die künftige Politik von der künftigen Regierung bestimmt wird und dass niemand 2006 erwartet hat, eine Partei werde allein eine Mehrheitsregierung bilden können. Überlegungen und Präferenzen für die eine oder andere Regierung sollten gerade in einer Wählerschaft eine Rolle spielen, in der sich die Parteibindung zurückbildet und die WählerInnenmobilität zunimmt (Plasser/Ulram 2006, 552ff.) und in der die endgültige Wahlentscheidung immer näher an den Wahltermin heranrückt (Plasser/Ulram 2007b, 30). Die „spezifische Entscheidungssituation“ vor einer Wahl werde wichtiger. In diesem Aufsatz wird der Frage nachgegangen, inwieweit zu dieser Entscheidungssituation die Koalitionspräferenzen der WählerInnen gehören und welchen Einfluss sie auf die Wahlentscheidung ausüben.

Die Wahlforschung beginnt die ursprüngliche Skepsis von Downs (1968) bezüglich einer rationalen Regierungswahl in Mehrparteiensystemen unter Verhältniswahlrecht zu überwin-

den. So weisen Blais et al. (2006) für die Parlamentswahlen 2003 in Israel die Bedeutung der Koalitionspräferenzen für die Wahlentscheidung nach, die dazu führen können, dass man nicht die meistpräferierte Partei wählt. Bargsted und Kedar (2007) konzentrieren sich bei der israelischen Parlamentswahl 2006 auf Koalitionserwartungen und stellen die zentrale Bedeutung der Wahrscheinlichkeit der Regierungseteiligung einer Partei heraus. Wenn WählerInnen für ihre bevorzugte Partei keine Chance einer Regierungseteiligung sähen, tendierten sie zur Wahl des kleineren Übels unter den wahrscheinlichen Regierungsparteien.

In die modelltheoretische Literatur wurden diese Überlegungen von Austen-Smith und Banks bereits 1988 eingeführt mit der Fragestellung, inwieweit die WählerInnen bei ihrer Wahlentscheidung die künftige Regierungspolitik in Dreiparteiensystemen beeinflussen können, und auch Schofield und Sened (2006) konzipieren die WählerInnenentscheidung und die anschließende legislative Phase als Teile eines Gesamtspiels. Diesen theoretischen Ansätzen ist gemeinsam, dass sie von einem räumlichen Modell des Parteienwettbewerbs ausgehen, in dem WählerInnen die Politik künftiger Regierungen als Positionen oder Regionen in einem Policy-Raum bestimmen können. Linhart (2007) hat einen entscheidungstheoretischen WählerInnenkalkül für die Herbeiführung bestimmter bevorzugter Koalitionen entwickelt. Dazu nimmt er einen Politikraum an, in dem die WählerInnen und die Parteien Idealpunkte besitzen. Jetzt kann man für alle möglichen Regierungen einen Koalitionspunkt, z.B. als ungewichteten Mittelwert, bilden. Die WählerInnen „wissen“ nicht nur, wie weit sie von den einzelnen Parteien entfernt sind, sondern sie können ihre jeweilige Distanz auch zu allen möglichen Koalitionen bestimmen. Sie besitzen also eine Präferenzordnung für die Menge aller Parteien und Koalitionen. Für ihre Wahlentscheidung sind aber nur Koalitionen relevant, denen sie eine Mehrheit zutrauen und die von den Koalitionssignalen her nahegelegt werden. In den Entscheidungskalkül gehen also sowohl Erwartungen über den Wahlausgang als auch

aus der räumlichen Konfiguration abgeleitete Koalitionspräferenzen ein. Dabei muss nur der Teil der Koalitionen berücksichtigt werden, die aufgrund der Koalitionssignale der Parteien politisch möglich erscheinen und aufgrund des erwarteten Wahlausgangs Mehrheiten im Parlament erwarten lassen. Dass sich WählerInnen tatsächlich von derartigen Überlegungen, wenigstens unter den Bedingungen eines Labor-experiments, leiten lassen, haben Meffert und Gschwend (2007) nachgewiesen.

Ein großes Problem bei der Übertragung dieser Konzepte in die Praxis der Umfrageforschung ist die Konstruktion eines Politikraums, der den Befragten nicht nur zur Wahrnehmung der Partei-standpunkte dient, sondern alleinige Basis ihrer Präferenzbildung ist. Sicher ist anzunehmen, dass Partei- und Koalitionspräferenzen von den Policy-Distanzen eines/einer WählerIn zu diesen politischen Bewertungsobjekten abhängen. Die jeweiligen Policy-Standpunkte dürften aber nicht das einzige Kriterium der Präferenzbildung sein. Bildet ein/e WählerIn eine Präferenzordnung über die verschiedenen Parteien, können dabei auch vergangene Koalitionserfahrungen mit dieser Partei oder die Bewertungen ihrer Spitzenkandidaten in die Präferenzbildung eingehen. Deshalb werden im Folgenden die Präferenzen auf der Basis sogenannter Skalometereinstufungen direkt gemessen und nicht aus einer räumlichen Konfiguration abgeleitet. Im Unterschied zum Konzept der Koalitionsneigung als der von der Parteilangrangordnung implizierten Koalitionsnähe (vgl. Pappi/Gschwend 2005) wird eine explizite Koalitionspräferenz in einer konkreten Entscheidungssituation vor einer Parlamentswahl gebildet; diese kann ihrerseits die Parteipräferenz, vor allem auf den nachrangigen Präferenzrängen, beeinflussen. Davon kann die Parteiidentifikation als vorgelagerte, eventuell langfristig angelegte AnhängerInnenschaft unterschieden werden. Sie ist natürlich ein weiterer Einfluss auf die aktuelle Parteipräferenz, die wiederum über die Koalitionsneigung auch die Koalitionspräferenz beeinflusst.

Im Folgenden sollen zunächst die Präferenzwerte für die Parteien, Koalitionen und Spitzen-

politiker analysiert werden, die in Form von Skalometereinstufungen abgefragt wurden. Aus diesen Daten kann eine räumliche Gesamtkonfiguration abgeleitet werden, die als Präferenzraum der österreichischen Wählerschaft Auskunft über die Beziehung zwischen Partei- und Koalitionspräferenzen gibt. In einem nächsten Abschnitt werden die Beziehungen zwischen den Partei- und Koalitionspräferenzen untersucht mit einem besonderen Augenmerk auf die Bestimmungsgründe der Koalitionspräferenzen. Daran anschließend wird dann überprüft, inwieweit zusätzlich zu den Parteipräferenzen die Koalitionspräferenzen noch einen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatten. Der leichte deutsche Weg für die AnhängerInnen kleiner Parteien, mit der Erststimme den präferierten großen Koalitionspartner und mit der Zweitstimme die eigene Partei zu wählen, ist in Österreich ausgeschlossen. Der/die WählerIn hat nur eine Stimme, die er/sie einer Parteiliste, eventuell verbunden mit einer Präferenzstimme für einen bestimmten Listenkandidaten (vgl. Müller/Scheucher 1994), geben muss.

2. Die Partei- und Koalitionskonstellation aus WählerInnensicht

Wir stellen im Folgenden die durchschnittlichen Einstufungen der Parteien, ihrer Spitzenkandidaten und der möglichen Koalitionen durch die Wahlberechtigten dar. Dafür steht uns eine telefonische Vorwahlbefragung zur Verfügung, die vom 18. bis 30. September 2006 im Feld war.¹ Ziel der Umfrage war die Untersuchung der Erwartungsbildung über den Wahlausgang und über die möglichen Koalitionen und deren Einfluss auf die – eventuell – strategische Wahlentscheidung. Zu diesem Zweck wurden den Befragten sogenannte Skalometer-Fragen gestellt, die wir bewusst nicht als Sympathieskalometer bezeichnen. Wir interpretieren die neutrale Fragestellung² so, dass die Befragten damit ihre relative Bevorzugung oder Präferenz für die genannten Parteien, Politiker und Koalitionen ausdrücken können.

Tabelle 1: Was halten die Wahlberechtigten von den Parteien, deren Spitzenkandidaten und möglichen Koalitionen¹⁾

Partei	Mittelwert	Standardabweichung	n	% weiß nicht, keine Angabe
ÖVP	0,91	0,08	1474	1,8
SPÖ	1,07	0,07	1474	1,8
Grüne	0,51	0,08	1471	2,0
FPÖ	- 2,39	0,08	1470	2,1
BZÖ	- 3,15	0,07	1452	3,3
Liste Martin	- 1,83	0,08	1187	20,9
N				1501
Spitzenpolitiker				
Wolfgang Schüssel	0,74	0,09	1484	1,1
Alfred Gusenbauer	0,39	0,08	1476	1,7
Alexander van der Bellen	1,22	0,08	1472	1,9
Hans-Christian Strache	- 2,41	0,08	1449	3,5
Peter Westenthaler	- 2,81	0,07	1447	3,6
Hans-Peter Martin	- 1,50	0,08	1201	20,0
Jörg Haider	- 3,18	0,07	1470	2,1
N				1501
Mögliche Koalitionen				
ÖVP und SPÖ	1,27	0,08	1449	3,5
ÖVP und FPÖ	- 2,04	0,08	1448	3,5
ÖVP und BZÖ	- 2,55	0,07	1441	4,0
ÖVP und FPÖ und BZÖ	- 2,90	0,07	1439	4,1
ÖVP und Grüne	0,04	0,08	1453	3,2
SPÖ und Grüne	0,00	0,09	1452	3,3
SPÖ und Grüne und Liste Martin	- 1,17	0,09	1402	6,6
N				1501

¹⁾ Skalometereinstufungen von +5 bis -5

Die Mittelwerte weisen die SPÖ als Partei mit der besten Einstufung (1,07) aus, den Spitzenpolitiker der Grünen Van der Bellen als den besten Politiker (1,22) und die große Koalition zwischen Volkspartei und Sozialisten als die beste Regierungskoalition. Den Negativrekord der Einstufung hält Jörg Haider mit einem Wert von -3,8, bei den Parteien dicht gefolgt von dem BZÖ mit -3,15 und bei den Koalitionen mit Werten von -2,90 für eine Rechtskoalition der ÖVP zusammen mit FPÖ und BZÖ und der damals amtierenden Regierung ÖVP/BZÖ mit einem Wert von -2,55. Die FPÖ und

ihr Spitzenkandidat Strache wurden genau wie die Koalition ÖVP/FPÖ zwar auch stark negativ eingestuft, aber nicht so negativ wie das BZÖ. Die Befragten, die die Liste Martin oder den Politiker Hans-Peter Martin einschätzen konnten, machten nur 80 Prozent der insgesamt 1501 Befragten aus, was stark kontrastiert mit dem hohen Grad der Meinungsbildung für alle restlichen Parteien, Politiker und Koalitionen (vgl. Tabelle 1).

Die Beurteilungen der Parteien, Koalitionen und Spitzenpolitiker werden danach ausgewertet, wie ähnlich oder unähnlich zwei Objekte

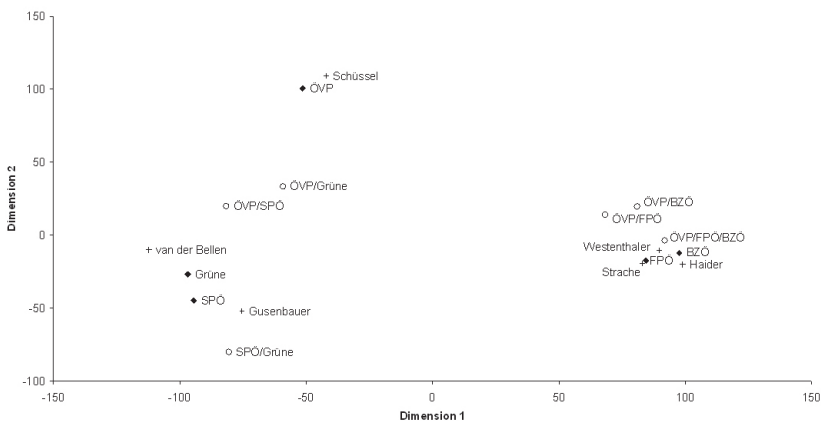
eingeschätzt werden. Als Maß kann man die euklidische Distanz zwischen zwei Einstellungsobjekten über alle Befragten berechnen. So besteht die größte vorkommende Distanz in unserem Datensatz zwischen dem Spitzenkandidaten der Grünen, Van der Bellen, und dem prominentesten Vertreter des BZÖ, Jörg Haider. Das heißt mit anderen Worten, dass Befragte, die Van der Bellen sehr positiv bewerten, Haider sehr negativ bewerten und umgekehrt. Diese paarweisen Distanzen zwischen den insgesamt 17 Einstellungsobjekten können fehlerlos in einem 16-dimensionalen Raum dargestellt werden. Mit Hilfe einer klassischen, weil metrischen multidimensionalen Skalierung kann diese unübersichtliche Darstellung auf wenige Dimensionen konzentriert werden, wenn dadurch die ursprünglichen Distanzen nicht zu sehr verändert werden. Eine noch befriedigende Darstellung gelingt in zwei Dimensionen. Da wir dieses Schaubild nur für einen ersten explorativen Überblick nutzen, ist sie als Überblick ausreichend.³

Die resultierende Lösung (vgl. Schaubild 1) zeigt auf der ersten Dimension eine Zweiteilung des österreichischen Politikraums zwischen FPÖ und BZÖ zusammen mit allen Koalitionen, an denen sie beteiligt sind, und deren Spitzenpolitikern auf der einen Seite und allen anderen Politikern, Parteien und Koalitionen auf

der anderen, der linken, Seite. Diese linke Seite wird dann in der zweiten Dimension intern weiter aufgegliedert zwischen den Endpunkten Schüssel und Volkspartei oben und der Koalition SPÖ/Grüne als dem größten Gegensatz unten auf der anderen Seite. Die Platzierung letzterer Koalition ist insofern bemerkenswert, als man normalerweise erwarten würde, dass von den Präferenzen der WählerInnen her gesehen eine Koalition zwischen zwei Parteien irgendwo zwischen diesen Parteien angesiedelt sein sollte. Das ist hier nicht der Fall, weil SPÖ und Grüne weniger extrem auf der zweiten Achse platziert sind als ihre gemeinsame Koalition. Wir interpretieren dies als das Machtwechsel-szenario, das die größte Distanz auf der zweiten Dimension zwischen dem amtierenden Kanzler und der Koalition sieht, die die amtierende Regierung komplett ablösen könnte. Wer Rot-Grün wollte, lehnte Schüssel ab und umgekehrt.

Man darf bei der Interpretation dieser räumlichen Konfiguration nicht vergessen, dass hier die Durchschnittsicht aller WählerInnen zusammenfassend dargestellt wird. Die internen Differenzen im rechten Lager zwischen FPÖ und BZÖ werden auf diese Weise wegen der großen Ablehnung dieser Parteien durch die Wählerschaft insgesamt völlig überspielt. Bemerkenswert ist so auch, dass die Koalitionen der

Schaubild 1: Die österreichischen Parteien-, Politiker- und Koalitionsfiguration aus Wählersicht¹⁾



1) klassische MDS-Lösung der Skalometereinstufungen

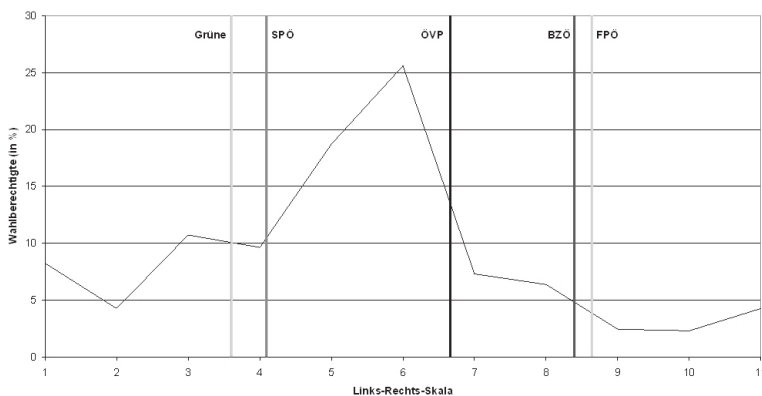
ÖVP mit einer oder beiden rechten Partei eindeutig im rechten Lager platziert werden, wenn auch in Richtung der Position der ÖVP. Die große Koalition und Schwarz-Grün sind dagegen eher auf halber Strecke zwischen den beiden linken Parteien und der ÖVP angesiedelt. Die bereits erwähnte größte Distanz in dem Datensatz zwischen Van der Bellen und Haider wiederholt sich im Schaubild 1 insoweit, als diese beiden Politiker auf der ersten Dimension am weitesten voneinander entfernt sind.

Der Politikraum insgesamt zeigt große Ähnlichkeit mit dem Parteienraum, den Linhart und Shikano (2007) aus den Wahlprogrammen der österreichischen Parteien zur Nationalratswahl 2006 abgeleitet haben. Auch dort sind sich SPÖ und Grüne relativ nahe und die ÖVP nimmt die Mittelposition ein. Allerdings nehmen BZÖ und FPÖ auf den beiden Dimensionen der Lösung von Linhart und Shikano die Extremposition ein, sowohl auf der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Dimension als auch auf der innen- und rechtspolitischen Dimension. Im vorliegenden Fall sind BZÖ und FPÖ auf Dimension 2 eher in der Mitte platziert. In Schaubild 1 sind die Achsen auch nicht vor der Analyse inhaltlich festgelegt worden, so dass vorläufig nur die relative Anordnung der Parteien, Politiker und Koalitionen zueinander interpretiert werden kann. Für diese Interpretation nehmen wir zunächst eine Zuordnung der Befragten zu drei

Lagern vor. Wir haben ein linkes Lager links unten von Befragten, die die SPÖ und die Grünen sehr positiv bewerten, dann in der Mitte oben Befragte, die die ÖVP und Schüssel positiv einstufen, und schließlich BZÖ- und FPÖ-AnhängerInnen, die ihre eigene Partei, Politiker und Koalitionen positiv einstufen und von den anderen Befragten negativ eingestuft werden. Deshalb entsteht die relativ isolierte Gruppierung am rechten Rand von Schaubild 1.

Zur Interpretation der Lösung und zur Einteilung der drei Lager verwenden wir einmal die Parteipräferenz und einmal die Koalitionspräferenz. Diese Präferenzen werden aus den selben Skalometerwerten abgeleitet, die auch für die multidimensionale Skalierung verwendet wurden, allerdings mit dem Unterschied, dass wir jetzt getrennt für die Partei- und die Koalitionspräferenzen jeweils die Erstpräferenz, d.h. die am höchsten bewertete Alternative, feststellen. Dabei kommen viele Rangplatzbindungen (Befragte, die nicht eine Partei oder Koalition am höchsten bewerten, sondern zwei Objekte gleich hoch) vor, so dass sich eine Vereinfachung der Parteien und der Koalitionsoptionen empfiehlt. Als Anhaltspunkt für die Vereinfachung kommt die Links-Rechts-Einstufung der Parteien in Frage (vgl. Schaubild 2). Danach ist es gerechtfertigt, die beiden linken Parteien Grüne und SPÖ zur linken (L) zusammenzufassen und die beiden rechten Parteien BZÖ

Schaubild 2: Die durchschnittliche Wählerwahrnehmung der Parteien auf einer Links-Rechts-Skala und die Selbsteinstufung der Wahlberechtigten



und FPÖ zum Lager der rechten (R). Die ÖVP behandeln wir als Mittelpartei (M). Daraus ergibt sich zusammen mit den Rangplatzbindungen die in Tabelle 2 dargestellte Typologie der Partei- und Koalitionspräferenzen.

Die größte Gruppe bei den Parteipräferenzen sind die 44 Prozent der Befragten, die SPÖ und/oder Grüne als Erstpräferenz haben. Diesen Parteivorsprung der Linken kann die ÖVP mit 31 Prozent als Partei der Mitte nicht einholen, selbst wenn man die Rangplatzbindungen zwischen Links und Mitte (6,5 Prozent) und Mitte/Rechts (1,9 Prozent) hinzunimmt. Diesem Vorsprung der Linken bei den Parteipräferenzen entsprechen die Koalitionspräferenzen nicht. Eine Erstpräferenz für eine rot-grüne Regierung haben nur 21 Prozent der Befragten. Dazu kommen evtl. die 6,7 Prozent mit einer Rangplatzbindung zwischen LL und LM. Dagegen haben 46 Prozent eine Präferenz für eine Mitte-Links-Regierung (LM). Gegen die bisher ge-

nannten Koalitionen fallen die 10,9 Prozent für MR oder die 4,3 Prozent für eine ungewöhnliche LMR-Koalition ab. Die 10,9 Prozent sind umso bemerkenswerter, als eine MR-Regierung schließlich die amtierende Regierung war. Die häufigste LMR-Koalition ist eine Rangplatzbindung zwischen einer großen Koalition und einer Koalition aus ÖVP und FPÖ (2,3 Prozent).

Nach einer hier nicht gezeigten Analyse gibt es eine einfache Zuordnung der Partei- und Koalitionsgruppen zu den in Schaubild 1 dargestellten Parteien, Koalitionen und Politikern. So lassen sich in Schaubild 1 diese Gruppen als Vektoren ausgehend vom Nullpunkt einzeichnen. Dabei stellt sich die Dreiteilung heraus, dass Befragte, die der ÖVP nahestehen, schwerpunktmäßig im Bereich zwischen Schlüssel und der ÖVP einerseits und der großen Koalition bzw. der schwarz-grünen Koalition andererseits platziert sind und die AnhängerInnen

Tabelle 2: Die Erstpräferenzen der österreichischen Wahlberechtigten für Partei- und Koalitionsgruppen¹

1. Parteipräferenzen	
	%
Links (Grüne, SPÖ)	43,9
Mitte (ÖVP)	30,6
Rechts (BZÖ, FPÖ)	7,5
LM	6,5
MR	1,9
LR	1,7
indifferent	4,1
entfremdet	2,4
keine Angaben	1,4
N	1501
2. Koalitionspräferenzen	
	%
LL (Grüne, SPÖ)	21,0
LM (Grüne oder SPÖ, ÖVP)	46,0
MR (ÖVP, BZÖ und/oder FPÖ)	10,9
LLM /LL, LM)	6,7
LMR (Kombinationen mit L und M und R)	4,3
indifferent	5,1
entfremdet	3,2
keine Angaben	2,9
N	1501

¹ Die Liste Martin wird aufgrund ihrer geringeren Bekanntheit nicht berücksichtigt.

der Linken entsprechend unten links mit Richtung auf die SPÖ und die Alternativkoalition SPÖ/Grüne. Wie nicht anders zu erwarten geht der Vektor der rechten WählerInnen eindeutig in Richtung des Clusters der entsprechenden Einstellungsobjekte. Für die Interpretation kann man sowohl die Partei- als auch die Koalitionsgruppen nach dem allgemeinen Links-Rechts-Schema ordnen und prüfen, inwieweit dieses Schema sich auch in den Mittelwerten der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala widerspiegelt. Dabei gehen wir davon aus, dass die Dimension 1 dieses traditionelle Links-Rechts-Schema für Österreich noch am besten wiedergibt; dies gilt zumindest für die Reihenfolge der Parteien, wenn auch nicht unbedingt für die Abstände.

Die in Schaubild 2 dargestellte WählerInnenwahrnehmung der Links-Rechts-Positionen der Parteien bestätigt die Interpretation von Dimension 1 als Links-Rechts-Dimension. Unabhängig davon kann man diese Interpretation auch dadurch überprüfen, dass man die Parteipräferenz- und Koalitionspräferenzgruppen der WählerInnen nach diesem allgemeinen Links-Rechts-Schema ordnet und überprüft, inwieweit die durchschnittliche Selbsteinstufung dieser Gruppen auf der Links-Rechts-Skala dieser

Anordnung entspricht. So müssten sich die AnhängerInnen von Grünen und SPÖ am weitesten links einordnen, dann sollten die Befragten folgen, die auf Platz 1 ihrer Skalometer-einstufungen eine Rangplatzbindung zwischen Grünen bzw. SPÖ und ÖVP aufweisen (ML), gefolgt von den AnhängerInnen der ÖVP (M) und dann von MR und schließlich R. Die Befragten, die eine Rangplatzbindung zwischen einer linken und einer rechten Partei als oberste Präferenz aufweisen (LR) haben wir zwischen M und MR eingestuft, also in nächster Nähe von M. Mit Ausnahme von MR entspricht die Abfolge der Mittelwerte auch unseren Erwartungen (vgl. Tabelle 3). Die Ausnahme betrifft Befragte, die die ÖVP und eine rechte Partei auf Rang 1 haben (MR); sie stufen sich mit einem Mittelwert von 7,15 mehr rechts ein als die AnhängerInnen von FPÖ oder BZÖ mit einem Mittelwert von 6,76. Auffällig sind auch die hohen Standardabweichungen auf der rechten Seite des Parteienspektrums. Besonders die Heterogenität der Selbsteinstufung der Parteigruppen LR (0,57) und MR (0,44) sticht hervor. Diese Heterogenität kann ein Hinweis auf ein unterschiedliches inhaltliches Verständnis davon sein, was eine rechte Ideologie in der österreichischen Politik bedeutet.

Tabelle 3: Die Links-Rechts-Selbsteinstufung¹ der Partei- und Koalitions-Präferenzgruppen

1. Parteipräferenzen			
Präferenzgruppen ²	Mittelwert	Standardabweichung	n
L	4,16	0,08	616
ML	5,63	0,19	92
M	6,26	0,10	422
LR	6,60	0,57	25
MR	7,15	0,44	27
R	6,76	0,26	99
2. Koalitionspräferenzen			
LL	3,77	0,12	295
LLM	4,76	0,22	98
LM	5,65	0,09	642
LMR	5,97	0,29	61
MR	6,68	0,20	150

1 Links-Rechts-Skala von 1 = links bis 11 = rechts

2 Vgl. zu den Abkürzungen Tabelle 2

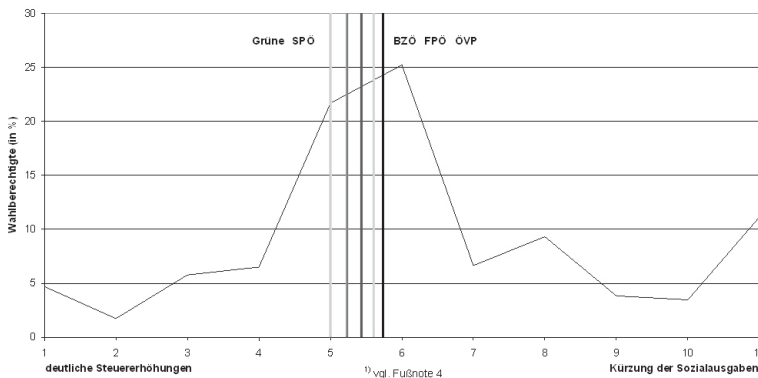
In der Umfrageforschung spricht man von einer „*self-anchoring scale*“, wenn man die inhaltliche Interpretation einer Skala den Befragten selbst überlässt. So nimmt man bei einer Links-Rechts-Skala an, dass die Befragten die Begriffe links und rechts verstehen werden und die Ergebnisse von Schaubild 2 und Tabelle 3 sprechen eindeutig dafür, dass die österreichischen Wahlberechtigten ein gemeinsames Verständnis darüber haben, was links und rechts bedeutet. Benoit und Laver (2006, 129ff.) bezeichnen dieses in einem Land beobachtbare geteilte Verständnis von links und rechts auf der Basis derartiger „*self-anchoring scales*“ als *sui generis*. Davon zu unterscheiden sind analytische oder A-Priori-Explikationen von linken und rechten politischen Ideologien. So wird Sozialismus in der traditionellen Verbindung mit Planwirtschaft als linke Ideologie verstanden und Liberalismus im europäischen Sinn mit der Ablehnung weitgehender Staatseingriffe in die Wirtschaft und der Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien als rechts. Mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus hat sich diese Bedeutung heute zur Befürwortung oder Ablehnung weitreichender wohlfahrtstaatlicher Leistungen verschoben. Benoit und Laver verwenden zur analytischen Erfassung der sozio-ökonomischen Dimension eine Frage, in der der linke benannte Endpunkt der Skala als Ausbau von „*public services*“ mit Hilfe von Steuererhöhungen bezeichnet wird und der rechte End-

punkt auf die Einschränkung von „*public services*“ als Weg zu Steuersenkungen verweist; abgekürzt wird von der Skala als „*taxes vs. spending*“ gesprochen (Benoit/Laver 2006, 168). Mit dieser Frage sollten politikwissenschaftliche ExpertInnen die Parteien der einzelnen Länder auf einer entsprechenden Skala einstufen. Wir haben mit einem analogen Verständnis von links und rechts die Befragten um ihre Selbsteinstufung und die Angabe der Positionen der Parteien auf einer derartigen Skala gebeten.⁴ In Schaubild 3 sind die Durchschnittswahrnehmungen für die Parteien und die Verteilung der Selbsteinstufung der Befragten wiedergegeben.

Die Parteienkonfiguration zeigt sehr geringe Unterschiede zwischen den fünf Parteien. Sie sind in der WählerInnenwahrnehmung alle im Bereich der gemäßigten linken Mitte angesiedelt. Wenn man die Rangfolge der Parteien überhaupt interpretieren will, spiegelt sie noch am ehesten die zweite Dimension unserer multidimensionalen Skalierung (Schaubild 1) wider, mit einer Mittelposition von FPÖ und BZÖ zwischen den linken Parteien SPÖ und Grünen und der ÖVP als der Partei, die dem neutralen mittleren Wert von 6 auf der Skala von 1 bis 11 am nächsten kommt und damit noch am ehesten als Partei einer gemäßigten Steuerquote und damit ohne Spielraum für einen Ausbau sozialer Leistungen gesehen werden kann.

Steuererhöhungen sind bei WählerInnen generell natürlich unbeliebt, so dass der linke

Schaubild 3: Die durchschnittliche Wählerwahrnehmung der Parteien auf einer sozio-ökonomischen Links-Rechts-Skala¹⁾ und die Selbsteinstufung der Wahlberechtigten



Rand der Verteilung schwach besetzt ist, während das Risiko einer Kürzung der Sozialausgaben am rechten Rand etwas mehr WählerInnen bereit sind einzugehen. Für ein Mehrparteiensystem würde man aber nicht unbedingt erwarten, dass sich alle Parteien um den Medianwähler scharen.

Schaubild 3 gibt die Parteiwahrnehmungen des Durchschnittswählers wieder. Sie müssen nicht unbedingt mit der Selbsteinstufung der Befragten übereinstimmen, die eine bestimmte Partei präferieren, weil man etwa erwarten würde, dass die ParteianhängerInnen dem durchschnittlichen Parteistandpunkt auch am nächsten sind. Wie ein Vergleich der Selbsteinstufungen der Partei- und Koalitionspräferenzgruppen auf dieser sozio-ökonomischen Links-Rechts-Skala zeigt (vgl. Tabelle 4), haben die Befragten etwas rechtlichere Einstellungen als ihre jeweilige Partei. Die Unterschiede sind im allgemeinen nicht groß, nur die Befragten, die als erste Partei FPÖ oder BZÖ präferieren (Parteipräferenzgruppe R), sind sozio-ökonomisch mit einem Wert von 7,15 nicht nur deutlich rechter als ihre Partei, sondern nehmen im Unterschied zu den Parteiwahrnehmungen auch den rechten, in diesem Fall eher sozialstaatskeptischen Rand ein. Die Befragten mit den Rangplatz-

bindungen einer linken und einer rechten Partei (LR) oder der ÖVP mit einer rechten Partei (MR) fügen sich nicht in die erwartete ordinale Rangfolge ein und sind außerdem sehr heterogen, wie die hohen Standardabweichungen zeigen. Diese Ergebnisse entsprechen der Interpretation von Dimension 2 in Schaubild 1 als der sozio-ökonomischen Dimension nur annäherungsweise. Inhaltlich würde man die sozio-ökonomische Dimension in Schaubild 1 eher mit einer – nicht eingezeichneten – Geraden in Zusammenhang bringen, die von links unten so nach rechts oben läuft, dass das rechte Lager tatsächlich auch sozio-ökonomisch rechts von der ÖVP platziert ist. Dies entspricht aber, wie gesagt, nicht der Sicht des Durchschnittswählers. Es entspricht aber wieder den durchschnittlichen Selbsteinstufungen der Koalitionspräferenzgruppen (vgl. Tabelle 4). Hier ergibt sich die erwartete Links-Rechts-Ordnung ohne Abweichung mit dem linksten Durchschnitt von 5,76 für die AnhängerInnen einer Koalition aus SPÖ und Grünen und dem höchsten Durchschnitt von 6,91 für die AnhängerInnen einer Koalition zwischen ÖVP und einer Rechtspartei.

Gegen die Interpretation der ersten Dimension von Schaubild 1 als sozio-ökonomische

Tabelle 4: Die Selbsteinstufung der Partei- und Koalitions-Präferenzgruppen auf der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Skala¹

1. Parteipräferenzen			
Präferenzgruppen ²	Mittelwert	Standardabweichung	n
L	5,90	0,10	617
LM	6,14	0,23	90
M	6,39	0,11	430
LR	6,77	0,69	22
MR	6,31	0,54	26
R	7,15	0,28	103
2. Koalitionspräferenzen			
LL	5,76	0,16	292
LLM	5,95	0,24	92
LM	6,17	0,09	643
LMR	6,81	0,37	57
MR	6,91	0,22	152

1 Vgl. Fußnote 4, Skala von 1 = links bis 11 = rechts.

2 Vgl. zu den Abkürzungen Tabelle 2.

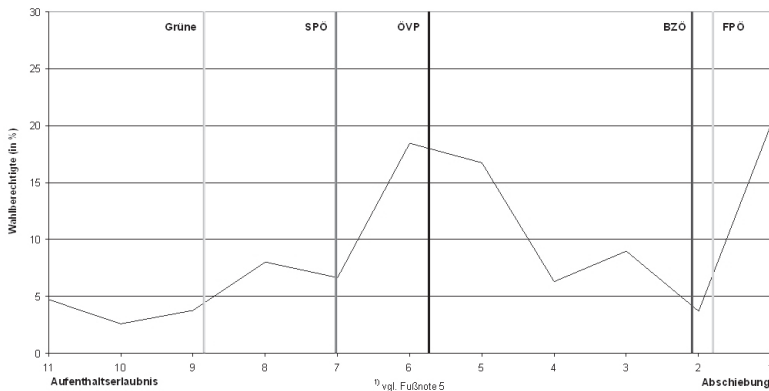
Dimension spricht der große Abstand zwischen der ÖVP und dem rechten Lager. Die ExpertInnenbefragung von Benoit und Laver für Österreich bestätigt aber die geringe Übereinstimmung zwischen allgemeiner und sozio-ökonomischer Links-Rechts-Position der Parteien. Die Sui-Generis-Definition von Links-Rechts wird in Österreich nicht mit der sozio-ökonomischen Links-Rechts-Dimension vorausgesagt, sondern mit der Position der Parteien in Bezug auf sogenannte „social issues“; dies meint nicht die Sozialpolitik, sondern innen- und rechtspolitische Fragen bei Problemen wie Schwangerschaftsabbruch, rechtliche Stellung von Homosexuellen und Euthanasie (Benoit/Laver 2006, 145). Inhaltlich kann man zu diesem Komplex der Innen- und Rechtspolitik auch die Einwanderungspolitik zählen, die in Österreich 2006 auch eines der wichtigen Wahlkampfthemen war. Deshalb wurde zusätzlich zur sozio-ökonomischen Dimension noch eine Skala zur Einwanderungspolitik in unsere Befragung aufgenommen, für die die Wahrnehmung der Parteipositionen und die Selbsteinstufung der Befragten erhoben wurden. Inspiriert von der aktuellen Diskussion im Wahlkampf wurde konkret die Behandlung illegaler Einwanderer thematisiert.⁵

Die wahrgenommenen Parteipositionen in der Einwandererfrage (vgl. Schaubild 4) zeigen

den deutlichen Unterschied zwischen den beiden rechten Parteien, die als Fürsprecher einer sofortigen Abschiebung illegaler Einwanderer wahrgenommen werden, und den drei anderen Parteien, von denen die ÖVP in der Mittelposition, die SPÖ leicht links davon und die Grünen als Partei wahrgenommen werden, die noch am ehesten für eine Aufenthaltserlaubnis nach kurzer Zeit eintreten. Dies entspricht in etwa der Parteienanordnung auf Dimension 1 von Schaubild 1, wobei allerdings die Abstände zwischen ÖVP, SPÖ und Grünen geringer ausfallen als in Schaubild 4. Die Selbsteinstufung der WählerInnen in Schaubild 4 macht auch deutlich, dass am rechten Rand durchaus Stimmen bei dieser Thematik zu holen sind.

Die Selbsteinstufungen der Partei- und Koalitionspräferenzgruppen bestätigen das Wahrnehmungsmuster (vgl. Tabelle 5). Bei den AnhängerInnen der verschiedenen Koalitionen reicht das Spektrum von einem gemäßigten mittleren Wert von 6,42 für die AnhängerInnen von Rot-Grün bis zu einem extremeren Wert von 3,20 für die AnhängerInnen einer Mitte-Rechts-Koalition. Dieser Wert liegt näher an den Befragten, die bei den Parteien eine Erstpräferenz für eine rechte Partei haben. Der Wert der Befragten, die die ÖVP als Partei bevorzugen, liegt rechts vom wahrgenommenen Parteienstandpunkt der ÖVP bei immerhin 4,70 und

Schaubild 4: Die durchschnittliche Wählerwahrnehmung der Parteien auf einer Skala der Einwanderungspolitik¹⁾ und die Selbsteinstufung der Wahlberechtigten



damit in etwa gleichauf mit dem ebenfalls unerwartet rechten Wert von 4,64 für die AnhängerInnen einer großen Koalition. Da Grüne und SPÖ hier zu den Linksparteien zusammengefasst wurden, liegt sogar der Wert der ParteianhängerInnen der Linken mit 5,81 auf der rechten Seite der Einwanderungsskala. Man kann generell für die Parteipräferenzgruppen sagen, dass immer dann, wenn auf Präferenzrang 1 eine rechte Partei beteiligt ist, die Einstellung stark zum illiberalen Ende der Einwanderungspolitik-Skala tendiert. Wenn eine linke Koalition mit 21 Prozent weit weniger AnhängerInnen hat als die beiden linken Parteien AnhängerInnen haben (43,9 Prozent), könnte das mit der Skepsis vieler österreichischen WählerInnen gegenüber einer Regierungspolitik in der Einwanderungsfrage zusammenhängen, an deren Formulierung die Grünen maßgebend beteiligt wären.

Im nächsten Abschnitt wird die Beziehung zwischen den Koalitions- und Parteipräferenzen untersucht. Danach wird geprüft, inwieweit sich die Koalitionspräferenzen zusätzlich zu den Parteipräferenzen auf die Wahlabsicht auswirken.

3. Die Beziehung zwischen den Partei- und Koalitionspräferenzen

In den modernen Parteidemokratien stellen die Parteien die zentralen Bezugsobjekte für die WählerInnen dar. Langfristig können die WählerInnen eine Identifikation mit einer bestimmten Partei entwickeln, kurz- und mittelfristig kann sich unter dem Einfluss von Ereignissen und wirtschaftlichen Entwicklungen eine aktuelle Parteipräferenz herausbilden. In Mehrparteiensystemen wird man sich Urteile über alle in der nationalen Politik sichtbaren Parteien bilden, so dass der/die einzelne WählerIn im Idealfall eine vollständige und transitive Präferenzordnung für alle diese Parteien besitzt. Dies ergibt bei fünf Parteien $5! = 120$ verschiedene starke Präferenzordnungen, zu denen noch eine Reihe weiterer kommen, wenn man Rangplatzbindungen zwischen zwei und mehr Parteien berücksichtigt. Zur Vereinfachung wird hier nur die Erstpräferenz verwendet oder es wird auf die ursprünglichen Rating-Skalen (Skalometer-Einstufungen der Parteien) zurückgegriffen.

Die Parteien können auf verschiedenen Ebenen aktiv sein, unterhalb der nationalen Ebene

Tabelle 5: Die Selbsteinstufung der Partei- und Koalitions-Präferenzgruppen auf der Einwanderungspolitiksskala¹

1. Parteipräferenzen			
Präferenzgruppen ²	Mittelwert	Standardabweichung	n
L	5,81	0,11	646
LM	4,64	0,26	97
M	4,70	0,12	445
LR	2,62	0,42	26
MR	3,37	0,58	27
R	2,94	0,24	110
2. Koalitionspräferenzen			
LL	6,42	0,16	310
LLM	5,72	0,28	98
LM	4,82	0,10	671
LMR	4,30	0,36	63
MR	3,20	0,19	159

1 Vgl. Fußnote 5. Je höher der Wert, desto eher für eine „Aufenthaltserlaubnis für illegale Einwanderer nach sehr kurzer Zeit“ statt für sofortige Abschiebung, also 11 = links, 1 = rechts.

2 Vgl. zu den Abkürzungen Tabelle 2.

in den Gemeinden und Ländern oder Provinzen und darüber z.B. im europäischen Parlament. Die Tätigkeiten und das Erscheinungsbild einer Partei auf all diesen Ebenen können theoretisch in die Parteipräferenz einfließen, deren Hauptbezugspunkt aber auch unter heutigen Bedingungen die nationale Parteiorganisation sein dürfte.

Der Beurteilungskontext für die Entwicklung einer Regierungspräferenz ist dagegen stark auf ein ganz bestimmtes Regierungssystem und darüber hinaus auch auf eine bestimmte zeitliche Situation beschränkt. Der/die WählerIn wird in Wahlkampfzeiten konkreter über Regierungen und ihre mögliche Parteizusammensetzung nachdenken als während der Legislaturperiode, wenn mögliche neue Koalitionen nicht auf der Agenda stehen. Außerdem wird er/sie sich auch in Wahlkampfzeiten nicht den Kopf zerbrechen über alle denkbaren Regierungen – bei fünf Parteien unter Einschluss von Minderheits- und Einparteienregierungen gibt es immerhin $2^5 - 1 = 31$ mögliche Regierungen – sondern er/sie wird sich auf die realistischen Möglichkeiten beschränken. Realistisch sind Mehrheitskoalitionen, die nach der voraussichtlichen Mandatsverteilung im Parlament möglich sind und von den Parteien nicht grundsätzlich für politisch unmöglich erklärt wurden. Diese Kriterien ergeben für Österreich vor der Nationalratswahl 2006 die in Schaubild 1 aufgeführten Koalitionen. Geht man von den Koalitionsskalometern auf die Erstpräferenzen der WählerInnen für eine bestimmte Koalition über, haben wir eine Zusammenfassung dadurch vorgenommen, dass wir die Grünen und die SPÖ zur Linken und das BZÖ und die FPÖ zur Rechten zusammengefasst haben.

Man kann die Beziehung zwischen Partei- und Koalitionspräferenz als völlig unproblematisch ansehen, wenn man annimmt, dass letztere aus der ersteren folgt. So haben Pappi und Gschwend (2005, 287) die Erst- und Zweitpräferenz im Hinblick auf Parteien als Koalitionsneigung interpretiert. Dieser neue Begriff wurde gewählt, um davon dann die Koalitionspräferenz unterschieden zu können. Diese bezieht sich auf die realistischen Koalitions-

optionen im hier verstandenen Sinn. Diese müssen gerade nicht quasi-automatisch aus der Parteipräferenz folgen.

Zwischen Partei- und Koalitionspräferenz wird natürlich normalerweise ein enger Zusammenhang bestehen. In der im letzten Abschnitt gewählten Zusammenfassung der Erstpräferenzen und in der Anordnung beider von links nach rechts beträgt die Assoziation $g = 0,81$. Aber die Assoziation ist nicht perfekt und insbesondere beantwortet sie nicht die Kausalitätsfrage, was von wem abhängt. Normalerweise wird man zwar annehmen, dass die Parteipräferenz die Koalitionspräferenz beeinflusst. Was ist aber zu erwarten, wenn einzelne Parteien keine Koalitionssignale geben wie z.B. die ÖVP? Wird ein/e ÖVP-AnhängerIn dann darauf verzichten, eine Koalitionspräferenz zu entwickeln oder wird er/sie sich unabhängig von der erstpräferierten Partei Gedanken darüber machen, welche Regierung den eigenen Interessen am besten dient? Letzteres entspricht der Downs'schen Entscheidungslogik, die nur in Regierungssystemen, in denen man auf Koalitionen angewiesen ist, schwer umzusetzen ist.

Die Schwierigkeit einer rationalen Regierungswahl kann also manche Wähler dazu treiben, die Wahl als eine Präferenzbekundung zu behandeln, was in unserem Modell irrational ist (Downs 1968, 159).

Überspitzt könnte man behaupten, der/die rationale WählerIn habe gar keine originäre Parteipräferenz, sondern eine originäre Koalitions- oder Regierungspräferenz. Schließlich ist die künftige Regierung der entscheidende Akteur für die Gestaltung seines/ihrer Nutzeinkommens aus der Regierungstätigkeit in der nächsten Legislaturperiode.

Wenn man die kausale Beziehung zwischen Partei- und Koalitionspräferenz zunächst unberücksichtigt lässt, kann eine Beziehung zwischen beiden Begriffen indirekt durch ihre jeweilige Beziehung zur Parteiidentifikation hergestellt werden. Die längerfristig angelegte AnhängerInnenschaft wird natürlich die aktuelle Parteierstpräferenz stark bestimmen, während der Zusammenhang mit der Koalitions-

Tabelle 6: Die Parteiidentifikation als Determinante der Partei-Erstpräferenz¹

Partei-identifikation ²	%	n	Davon Präferenz für selbe Partei in %	Darunter Präferenz für				
				Grüne	SPÖ	ÖVP in %	BZÖ	FPÖ
Grüne	9,3	(140)	82,9					
SPÖ	23,7	(355)	66,8					
ÖVP	23,5	(352)	81,5					
BZÖ	1,1	(16)	56,3					
FPÖ	3,7	(55)	60,0					
Andere	1,3	(20)	–					
Keine	27,6	(414)	–	15,7	16,9	23,7	2,4	5,6
weiß nicht	2,6	(39)	–	12,8	20,5	30,8	–	12,8
keine Angabe	7,3	(110)	–	19,1	9,1	27,3	0,9	2,7
Σ	100%	1501						

1 Hier werden nur eindeutige Erstpräferenzen ohne Rangplatzbindung berücksichtigt.

2 Mit folgender Frage erfasst: „In Österreich neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“

präferenz schon aus dem schlichten Grund weniger eng ausfallen wird, weil unter den realistischen Regierungsoptionen keine Einparteienregierungen enthalten sind.

Die Parteiidentifikation misst idealer Weise eine längerfristige Bindung an eine Partei, die aber vorübergehende Abweichungen in der Wahlentscheidung oder auch in der Erstpräferenz für eine andere Partei nicht ausschließt. Je ein knappes Viertel der österreichischen Wählerschaft versteht sich als AnhängerIn der beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ, etwas über ein Viertel (27,6 Prozent, siehe Tabelle 6) identifiziert sich mit keiner Partei und zusätzliche knapp zehn Prozent machen auf die entsprechende Frage keine Angabe oder antworten mit „weiß nicht“. Aus der Gruppe der kleinen Parteien stechen die Grünen mit 9,3 Prozent AnhängerInnen heraus, während auf die FPÖ nur 3,7 Prozent und auf das BZÖ nur 1,3 Prozent entfallen. Die Umsetzung der AnhängerInnenschaft in die aktuelle Erstpräferenz für eine Partei ist bei der ÖVP und den Grünen am konsequentesten: 82 bzw. 83 Prozent haben eine konsistente Erstpräferenz, während es bei der SPÖ nur 67 Prozent sind, bei der FPÖ 60 Prozent und beim

BZÖ 56 Prozent. Wider Erwarten sind es nicht die beiden großen Parteien, für die sich die AnhängerInnenschaft am konsequentesten in eine konsistente aktuelle Parteipräferenz umsetzt, weil die SPÖ hier hinter den hohen Umsetzungswerten der Volkspartei, aber überraschenderweise auch hinter denen der Grünen zurückbleibt. Dieser Nachteil für die SPÖ wird auch nicht durch eine besondere Attraktivität im Lager der NichtanhängerInnen ausgeglichen. Hier führt die ÖVP und auch die Grünen als kleine Partei sind unter den NichtanhängerInnen gut vertreten.

Aus der Tabelle 7 geht hervor, dass die Parteianhängerschaften vor der Nationalratswahl 2006 teilweise stark gespalten waren im Hinblick auf ihre Koalitionspräferenzen. Das gilt insbesondere für die beiden großen Parteien. 37 Prozent der AnhängerInnen der SPÖ waren für Rot-Grün und 37 Prozent für Rot-Schwarz. Der Rest ist schwerpunktmäßig zwar auf die linke Mitte festgelegt, aber weniger festgelegt auf eine bestimmte Mitte-Links-Regierung. Bei der ÖVP sind 31 Prozent für Schwarz-Grün und 30 Prozent für Rot-Schwarz; nur 13 Prozent favorisieren eine Koalition mit einer der beiden Rechtsparteien.

Tabelle 7: Die Parteiidentifikation als Determinante der Koalitions-Erstpräferenz

Koalitionspräferenz	Grüne	SPÖ	ÖVP	BZÖ	FPÖ	Andere	Keine	weiß nicht	keine Angabe
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
LL	55,7	36,9	0,9	—	3,6	30,0	17,6	10,3	16,4
LLM	13,6	12,7	1,4	—	—	10,0	4,8	7,7	6,4
LM, darunter	23,6	39,2	69,6	6,2	25,5	35,0	45,9	48,7	38,2
Grüne/ÖVP	17,9	1,4	31,3	6,2	5,5	5,0	13,5	15,4	10,9
SPÖ/ÖVP	4,3	37,2	30,1	—	7,4	20,0	29,7	10,3	16,4
LMR	0,7	2,5	4,8	12,5	7,3	—	5,8	5,1	5,5
MR	—	1,1	13,4	75,0	58,2	10,0	11,6	15,4	10,9
indifferent	2,9	3,4	5,1	6,3	1,8	5,0	6,8	7,7	7,3
entfremdet	2,9	3,1	1,4	—	1,8	10,0	4,1	2,6	6,4
keine Angabe	0,7	1,1	3,4	—	1,8	—	3,4	2,6	9,1
n	140	355	352	16	55	20	414	39	110

Die AnhängerInnen der kleinen Parteien am Rande des Links-Rechts-Spektrums sind sehr viel stärker auf bestimmte Koalitionen festgelegt. So wollen 56 Prozent der AnhängerInnen der Grünen eine Koalition mit der SPÖ, immerhin 18 Prozent aber auch eine Koalition mit der ÖVP. Allerdings ist mit 18 Prozent die Unterstützung der Grünen für Schwarz-Grün weit geringer als die der 31 Prozent ÖVP-AnhängerInnen. Diese Asymmetrie der Präferenzen der ParteianhängerInnen stünde einer solchen Koalition sicher im Wege.

Das BZÖ hat als neue Partei sehr wenige ParteianhängerInnen. Diese konzentrieren sich auf die damals bestehende Koalition mit der ÖVP oder eine andere Mitte-Rechts-Koalition. Die Präferenzen der FPÖ-AnhängerInnen schwanken etwas stärker als die der AnhängerInnen des BZÖ, was sicher auch damit zusammenhängt, dass sich die Parteispitze nicht für eine bestimmte Koalition ausgesprochen hat. Immerhin bevorzugen aber 58 Prozent ihrer AnhängerInnen eine Mitte-Rechts-Koalition. Mit diesen Koalitionspräferenzen stehen die Rechtsparteien aber relativ isoliert da, weil diese Präferenzen nicht von den AnhängerInnen der ÖVP erwidert werden.

Die große Gruppe der NichtanhängerInnen hat erwartungsgemäß relativ heterogene Koalitionspräferenzen. 30 Prozent wollen eine große Koalition, 18 Prozent eine Linkskoalition,

14 Prozent bevorzugen Schwarz-Grün und 12 Prozent Mitte-Rechts. Auffällig ist sowohl bei den Nicht-AnhängerInnen als auch bei den Befragten, die mit „weiß nicht“ antworteten, dass sich die Zahl der bei den Koalitionspräferenzen Indifferenten (Rangplatzbindung auf Rang 1 zwischen mehr als zwei Parteien) oder Entfremdeten (Erstpräferenz entspricht negativer Einstufung auf Skalometer) in engen Grenzen hält.

Wenn sich nicht einmal die ParteianhängerInnen einig sind, welche Koalition sie bevorzugen sollen, spricht einiges dafür, dass die Koalitionspräferenz zusätzlich zur Parteipräferenz und in gewisser Unabhängigkeit von ihr ein möglicher Motivationsfaktor für die Wahlentscheidung ist, besonders, wenn man letztere nicht einfach als Entscheidung für eine Partei, sondern unter Einschluss der Entscheidungsalternative, gar nicht zur Wahl zu gehen, konzeptualisiert. Dann kann eine klare Präferenz für eine Koalition, die man für aussichtsreich hält, ein zusätzlicher Mobilisierungsfaktor für eine Wahlbeteiligung sein.

Dieser Frage werden wir im nächsten Abschnitt nachgehen. Vorher soll noch geprüft werden, wie viele Befragte auf dem Skalometer eine Koalition positiver bewerten als ihre höchst bewertete Partei und von welchen Faktoren die Erstpräferenzen für bestimmte Koalitionen beeinflusst werden.

Wie bereits erwähnt, hängt die Präferenz für eine bestimmte Koalition stärker von den äußeren Gegebenheiten wie der erwartbaren Sitzverteilung im Parlament und den Koalitionssignalen der Parteien ab. Dagegen kann die Parteiidentifikation eines Wählers bzw. einer Wählerin langfristiger angelegt sein, was sich auch auf die Erstpräferenz für eine Partei auswirken kann. Daraus aber zu schließen, dass die Parteipräferenz der Koalitionspräferenz immer kausal vorgelagert ist, wäre voreilig. Zumindest NichtanhängerInnen einer Partei könnten durchaus eine vorrangige Koalitionspräferenz besitzen, aus der sich dann die jeweilige aktuelle Parteipräferenz ableitet.

Ein Vergleich der Skalometereinstufungen von Parteien und Koalitionen kann Hinweise auf das mögliche kausale Verhältnis zwischen beiden Maßen geben. Wenn eine Partei höher bewertet wird als die am höchsten bewertete Koalition, ist das ein Hinweis auf die Priorität der Parteipräferenz. Umgekehrt kann man die Höherbewertung einer Koalition im Vergleich zur höchst bewerteten Partei als Hinweis für eine mögliche Priorität der Koalitionspräferenz betrachten. Vor der Nationalratswahl 2006 bewerteten 35 Prozent der österreichischen Wählerschaft eine Partei höher als eine Koalition und 35 weitere Prozent haben auf Rangplatz 1 eine Rangplatzbindung zwischen höchst bewerteter Partei und höchst bewerteter Koalition gehabt. 30 Prozent bewerteten dagegen eine Koalition höher als die höchst bewertete Partei. Dabei überrascht nicht, dass besonders viele NichtanhängerInnen (42 Prozent) auf diese letztere Bewertungsvariante entfielen, aber auch 28 Prozent der SPÖ-AnhängerInnen und je 22 Prozent der AnhängerInnen der ÖVP und der Grünen. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht machten nur die AnhängerInnen der FPÖ, die zu 93 Prozent die FPÖ höher oder gleich wie die höchst bewertete Koalition einstufen.

Welche Faktoren bestimmen die Erstpräferenz für eine Koalition? Für diese Analyse wird eine eindeutige Höchstbewertung einer Koalition mit 2, eine Rangplatzbindung auf Platz 1 mit einer anderen Koalition mit 1 und eine Einstufung auf einem hinteren Rangplatz mit 0

verschlüsselt. Mit Hilfe einer ordinalen Logit-Analyse lässt sich dann feststellen, wie die Parteiidentifikation, die allgemeine Links-Rechts-Selbsteinstufung, die sozio-ökonomische Links-Rechts-Präferenz und die Einstellung zur Behandlung illegaler Einwanderer zusammen mit den Hintergrundvariablen Beruf, Kirchgang und Gewerkschaftsmitgliedschaft die Koalitionspräferenz beeinflussen. Für die Erklärung der Wahlentscheidung kann man in Österreich ähnlich wie in Deutschland davon ausgehen, dass katholische KirchgängerInnen die Volkspartei, also die ehemaligen Christlich-Sozialen wählen und Gewerkschaftsmitglieder die Sozialdemokraten. Im Unterschied zu Deutschland hat die rechte FPÖ überproportional viele ArbeiterInnen unter ihren WählerInnen (vgl. Plasser/Seeber 2007).

Welche Koalitionen bevorzugen aber die sozialen Gruppen und wie wirken sich die politischen Einstellungen auf die Koalitionspräferenzen aus, wenn man zusätzlich die Parteiidentifikation als wesentliche Einflussgröße kontrolliert? Die abgefragten Koalitionsoptionen wurden etwas dadurch reduziert, dass die drei Erstpräferenzen für eine Mitte-Rechts-Koalition (ÖVP/BZÖ, ÖVP/FPÖ, ÖVP/FPÖ/BZÖ) zu einer Gruppe zusammengefasst wurden. Dass dies nicht ganz unproblematisch ist, zeigt sich daran, dass Mitte-Rechts von den BZÖ-AnhängerInnen begrüßt, von den FPÖ-AnhängerInnen aber abgelehnt wird (vgl. Tabelle 8). Das Protestpotential der FPÖ-AnhängerInnen kommt generell darin zum Ausdruck, dass sie auch die anderen realistischen Koalitionsoptionen ablehnen. Hier spricht die Sehnsucht nach der Opposition.

Für die AnhängerInnen der anderen Parteien bestätigt sich die Erwartung, dass in der Regel die Koalitionen bevorzugt werden, an denen die eigene Partei beteiligt ist. Allerdings sind die entsprechenden Effekte nicht alle statistisch signifikant. So sind die ÖVP-AnhängerInnen nicht statistisch signifikant für eine große Koalition, wohl aber die der SPÖ, und die AnhängerInnen der Grünen sind zwar signifikant für Rot-Grün, nicht aber für Schwarz-Grün. Dafür sind die AnhängerInnen der Volkspartei

Tabelle 8: Die Determinanten der Koalitionspräferenz im Vergleich: Eine ordinale Logit-Analyse¹

Determinanten	Präferenzen für ausgewählte Koalitionen ²			
	SPÖ/Grüne	ÖVP/Grüne	ÖVP/SPÖ	ÖVP/Rechte
Parteiidentifikation				
ÖVP	-2,60*	1,06*	-0,06	-0,16
SPÖ	0,78*	-2,01*	0,53*	-1,72*
Grüne	1,31*	0,22	-1,75*	-2,86*
FPÖ	-1,41	-1,19	-1,23*	-1,96*
BZÖ	-0,92	-0,49	–	2,67*
Links-Rechts-Selbsteinstufung				
Für Kürzung der Sozialausgaben	-0,21*	0,03	0,06*	0,13*
Für Aufenthaltsrecht illegaler Einwanderer	-0,02	0,01	-0,03	0,10*
Arbeiter	0,17*	0,08*	-0,10*	-0,14*
Selbstständige ³	0,31	-0,70*	0,13	0,12
Katholische Kirchgänger ⁴	0,06	-0,10	-0,09	-0,03
Gewerkschaftsmitglieder ⁵	-0,59*	-0,02	0,36*	0,14
Schwellwert 1	0,25	-0,52*	0,22	-0,15
Schwellwert 2	0,57	1,56	0,10	2,06
	1,14	2,08	0,68	2,54
Log-likelihood	-700,72	-710,69	-1009,65	-510,93
Pseudo R ²	0,24	0,13	0,07	0,19

* Signifikant auf 5%-Niveau.

1 Indifferente, Entfremdete und keine Angaben werden nicht berücksichtigt.

2 Codierung der Erstpräferenz: 0 = keine Erstpräferenz für entsprechende Koalition, 1 = Rangplatzbindung, 2 = eindeutige Erstpräferenz

3 Freiberufler, Selbstständige und Landwirte

4 Kirchgangshäufigkeit mindestens „ab und zu“

5 eigene Mitgliedschaft oder Mitgliedschaft eines Haushaltsangehörigen

signifikant für Schwarz-Grün und dies ist für sie der einzige statistisch signifikante positive Effekt. Die AnhängerInnen der SPÖ sind dagegen sowohl signifikant für Rot-Grün als auch für Schwarz-Grün. Als einzige Zweiparteienkoalition, die von den AnhängerInnen beider Parteien gewünscht wird, kann sich also die Linkskoalition aus SPÖ und Grünen qualifizieren, während die große Koalition nicht der Präferenz der ÖVP-AnhängerInnen und Schwarz-Grün nicht der Präferenz der Grünen-AnhängerInnen entspricht.

Von den politischen Einstellungen her betrachtet entsprechen Links- und Mitte-Rechts-Koalition den Erwartungen. Befragte, die sich politisch links einstufen und eine schnelle

Legalisierung illegaler Einwanderer wollen, sind für die Linkskoalition, die entgegen gesetzte Gruppe ist für die Rechtskoalition und wird darin zusätzlich von einer Präferenz für die Kürzung der Sozialausgaben bestärkt. Die AnhängerInnen der beiden Mitte-Links-Koalitionen zeigen ein weniger deutliches Profil; am auffälligsten ist, dass die Befragten, die die große Koalition als Erstpräferenz haben, das Aufenthaltsrecht für Ausländer einschränken wollen, während die Befürworter von Schwarz-Grün es legalisieren wollen. Sozialstrukturell ragen die negativen Effekte hervor: die der Arbeiter- und Gewerkschaftsmitglieder gegen Schwarz-Grün und die der katholischen KirchgängerInnen gegen Rot-Grün. Die katho-

lischen KirchgängerInnen bevorzugen eine große Koalition, während Selbständige, ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitglieder keinen einzigen positiven Effekt zugunsten einer Koalition aufweisen. Insgesamt lassen sich die Präferenzen für eine Mitte-Links-Koalition sehr viel schlechter voraussagen als die Präferenzen für die linken und halblichten Randkoalitionen.

4. Partei- und Koalitionspräferenzen als Wahlentscheidungsmotivation

Für die Erklärung der Wahlabsicht gilt es zumindest die Entscheidung für eine der schließlich in den Nationalrat einziehenden Parteien zu unterscheiden. Diese Entscheidung lässt sich mit der Entscheidungsalternative Nichtwahl kontrastieren, zu der zusätzlich noch die Befragten gezählt werden, die zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht wussten, welche Partei sie wählen sollten. Im Rahmen eines konditionalen Logit-Modells mit alternativspezifischen Effekten wird letztere Gruppe als Basiskategorie verwendet. Damit erfassen die Effekte zugunsten der einzelnen Parteien eine Art Mobilisierungseffekt. Die generelle These lautet, dass man eine Partei in der Regel wählen wird, wenn man sie auf den Parteiskalometern anderen Parteien strikt vorzieht. Die Untersuchungsfrage ist jetzt, ob die Koalitionspräferenz einen zusätzlichen Erklärungswert hat. Dabei werden für eine Partei alle Koalitionen berücksichtigt, an denen sie selbst beteiligt ist. Die zweite Hypothese lautet also, dass mit der positiven Einschätzung einer Koalition der Effekt zugunsten der Wahl der entsprechenden Partei ebenfalls zunimmt, selbst wenn man die entsprechende Parteipräferenz kontrolliert. Zuvor wird aber zu untersuchen sein, für welche Koalitionspräferenz überhaupt ein signifikanter Effekt zur Wahl welcher Koalitionspartei auftritt. Das sollten vor allem die Koalitionen sein, für die klare Koalitionssignale von den beteiligten Parteien gesendet werden. In dieser Hinsicht wurden die österreichischen WählerInnen aber nicht verwöhnt. Das BZÖ wollte die Koalition mit der ÖVP fortsetzen, das wollte die ÖVP aber nicht unbedingt. Rot-Grün

war eine Option, aber neben der großen Koalition die von der SPÖ nicht unbedingt bevorzugte. Und Schwarz-Grün war eine weitere Option, aber eben nur eine weitere. Insofern konnten die WählerInnen relativ unbeeinflusst von den Koordinationsbemühungen der Parteiführungen ihre eigenen Koalitionspräferenzen entwickeln. Die folgende Analyse wird zeigen, welche Koalitionspräferenzen sich zugunsten welcher Wahlentscheidungen auswirkten.

In einem Modell 1 von Tabelle 9 werden mit Hilfe der Parteikonstanten nur die Größenverhältnisse der Wahlentscheidungsgruppen im Verhältnis zu den Nichtwählern vorausgesagt. Berücksichtigt man zusätzlich die starke Erstpräferenz für eine Partei mit Effekten auf die jeweilige Partei, steigt das Pseudo- R^2 von 0,12 auf 0,51. Es zeigt sich für alle Parteien ziemlich einheitlich, dass die Wahrscheinlichkeit zur Wahlentscheidung für eine Partei sehr gut mit der Erstpräferenz für die Partei vorauszusagen ist. Hätte man übrigens statt der Erstpräferenz auf den Parteiskalometern die Parteiidentifikation als Determinante verwendet, wäre das Pseudo- R^2 nur auf 0,44 gestiegen. Daraus wird ersichtlich, dass die Skalometereinstufungen etwas anderes, nämlich eine sich mehr auf die aktuelle Situation beziehende Parteipräferenz messen. Dass diese Präferenz bei einem Verhältniswahlsystem mit nur einer Stimme die Wahlabsicht so gut voraussagt, ist natürlich nicht überraschend. Würde man nur die Entscheidungsabsicht für eine der fünf Parteien ohne die Nichtwahl voraussagen, stiege das Pseudo R^2 sogar weiter an und dies sogar bei einem generischen Effekt, der keine alternativspezifischen Variationen zulässt.

Trotz dieser guten Prognosekraft der Parteiskalometer verbessert Modell 3 (Tabelle 9) die Anpassungsgüte an die Daten nochmals leicht von $R^2 = 0,51$ auf 0,56. Dies ist den vielen signifikanten Effekten der Koalitionseinstufungen zu verdanken. Davon profitieren alle Parteien, am wenigsten noch die ÖVP. Die ÖVP profitiert nicht von einer positiven Einschätzung der großen Koalition wie die SPÖ und nicht von den Mitte-Rechts-Koalitionen mit dem BZÖ im Gegensatz zum BZÖ selbst, wohl aber von ei-

**Tabelle 9: Partei- und Koalitionspräferenzen als Determinanten der Wahlabsicht:
Ein alternativenspezifisches konditionales Logit-Modell**

Determinanten	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Konstanten im Vergleich zu Nicht-Wahl, „weiß nicht“			
ÖVP	0,23*	- 1,80*	- 2,62*
SPÖ	0,21*	- 1,05*	- 2,04*
Grüne	- 0,37*	- 2,25*	- 3,35*
FPÖ	- 1,28*	- 2,17*	- 2,41*
BZÖ	- 2,44*	- 3,07*	- 4,30*
Starke Parteierstpräferenz			
ÖVP auf ÖVP	–	3,51*	3,29*
SPÖ auf SPÖ	–	3,07*	2,83*
Grüne auf Grüne	–	3,69*	3,18*
FPÖ auf FPÖ	–	3,54*	3,07*
BZÖ auf BZÖ	–	3,62*	3,28*
Koalitionsskalometer			
ÖVP/SPÖ auf ÖVP	–	–	0,05
ÖVP/SPÖ auf SPÖ	–	–	0,07*
ÖVP/FPÖ auf ÖVP	–	–	0,09*
ÖVP/FPÖ auf FPÖ	–	–	0,10*
ÖVP/BZÖ auf ÖVP	–	–	0,05
ÖVP/BZÖ auf BZÖ	–	–	0,28*
ÖVP/FPÖ/B?Ö auf ÖVP	–	–	0,10
ÖVP/FPÖ/B?Ö auf FPÖ	–	–	0,14*
ÖVP/FPÖ/B?Ö auf BZÖ	–	–	0,26*
ÖVP/Grüne auf ÖVP	–	–	0,16*
ÖVP/Grüne auf Grüne	–	–	0,18*
SPÖ/Grüne auf SPÖ	–	–	0,19*
SPÖ/Grüne auf Grüne	–	–	0,20*
Log-likelihood	- 1899,83	- 1056,76	- 961,22
Pseudo R ²	0,12	0,51	0,56
N	1206	1206	1206

* Signifikant auf 5%-Niveau

ner möglichen Koalition mit der FPÖ. Außerdem nimmt die Wahrscheinlichkeit der ÖVP-Wahl mit der positiven Einschätzung von Schwarz-Grün zu. Für alle anderen Parteien gilt, dass sie jeweils von der positiven Einschätzung einer Koalition profitieren, an der sie beteiligt sind.

Die signifikanten Effekte der Koalitionspräferenzen auf die Wahlabsicht zugunsten der einzelnen Parteien im Vergleich zur Nichtwahl sind aber natürlich nicht alle gleich groß. Große Effekte gehen von den Präferenzen für eine Mitte-Rechts-Koalition auf die Wahlabsicht zugunsten des BZÖ aus (0,28 und 0,26), gefolgt

von Effekten von 0,19 bzw. 0,20, mit denen eine positive Einschätzung von Rot-Grün die Wahlabsicht für SPÖ bzw. die Grünen beeinflussen. Erst dahinter folgen die Effekte für Schwarz-Grün und dann mit noch deutlicherem Abstand die anderen statistisch signifikanten Effekte.

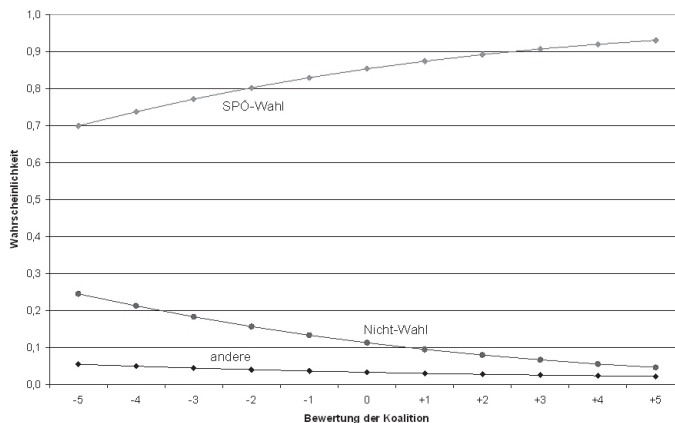
Die Bedeutung dieser Effekte lässt sich am besten veranschaulichen, wenn man für bestimmte Untergruppen der Befragten zeigt, wie sich die Wahrscheinlichkeiten zur Wahl der Parteien bzw. zur Nichtwahl verändern, wenn man sie in Abhängigkeit von der Präferenz für bestimmte Koalitionen berechnet. Als Beispiel sei die Koalition SPÖ/Grüne als einzige realistische

Alternative zur Totalablösung der Koalition aus ÖVP und BZÖ herausgegriffen. Alle anderen Koalitionen, die auf der Wahlkampfagenda standen, hätten das Weiterregieren der ÖVP bedeutet. Wie haben die Befragten ihre Wahlabsicht von der Einschätzung von Rot-Grün beeinflussen lassen, deren starke Erstpräferenz der SPÖ als Partei galt? Aus Schaubild 5 geht klar hervor, was der Effekt von 0,19 auf die Wahlabsicht für die SPÖ und von 0,20 auf die Wahlabsicht zugunsten der Grünen bei SPÖ-AnhängerInnen bedeutet. Sie steigerten die Wahrscheinlichkeit zur Wahl der eigenen Partei von 0,70 auf 0,93 und zwar auf Kosten einer Nichtbeteiligung an der Wahl bzw. auf Kosten der Unentschlossenheit (Weiß-Nicht-Angabe zur Wahlabsicht). Mit anderen Worten: Eine klare Koalitionspräferenz hatte einen „internen Mobilisierungseffekt“. Er wird hier als intern bezeichnet, weil keine Mobilisierung zugunsten des Koalitionspartners stattfand, sondern nur zugunsten der eigenen Partei. Bei Ablehnung von Rot-Grün (Skalenwert -5) hätte die Wahrscheinlichkeit zur Wahl der Grünen bei SPÖ-AnhängerInnen 0,011 betragen, bei voller Zustimmung beim Skalenwert +5 0,014. Derartige „interne Mobilisierungseffekte“ gehen auch von den weiteren signifikanten Koalitionseffekten von Modell 3 (Tabelle 9) aus.

Gab es aber neben diesen internen Mobilisierungseffekten noch weitere Effekte derart,

dass die AnhängerInnen einer Partei zur Wahlentscheidung für den präferierten Koalitionspartner motiviert wurden? Um diese Frage zu prüfen, wird ein Modell mit kreuzweisen Effekten geschätzt. Für alle Koalitionen mit größeren internen Mobilisierungseffekten (Rot-Grün, Schwarz-Grün und die amtierende Koalition aus Volkspartei und BZÖ) werden kreuzweise Effekte der Koalitionspräferenz auf die Wahlabsicht getestet, also ein Effekt von Rot-Grün bei Befragten, die eine Erstpräferenz für die SPÖ haben, auf die Grünen und umgekehrt ein Effekt desselben Koalitionsskalometers bei Befragten, die eine Erstpräferenz für die Grünen haben, auf die Wahlabsicht für die SPÖ. Es handelt sich also um Interaktionseffekte der Koalitionspräferenz mit der Erstpräferenz für eine Partei auf die Wahlentscheidung nicht zugunsten derselben Partei, sondern zugunsten des Koalitionspartners. Zusätzlich wird ein Haupteffekt für die Parteierstpräferenz vorgeesehen, so dass der Parteeffekt zugunsten der Wahl derselben Partei ausreichend berücksichtigt ist. Gegenüber Modell 3 von Tabelle 9 werden noch zwei weitere Veränderungen vorgenommen. Jetzt geht es nur mehr um die Wahlentscheidung von Personen, die sich bereits zur Wahlteilnahme entschlossen haben, d.h. die Nichtwählerkategorie entfällt als Entscheidungsalternative, und die Effekte der Parteierstpräferenzen werden zu einem einzigen generi-

Schaubild 5: Parteiwahl von SPÖ-Anhängern in Abhängigkeit der Bewertung einer SPÖ-Grüne-Koalition



schen Effekt zusammengefasst; das lässt sich leicht rechtfertigen, weil sich nach Tabelle 9 die alternativenspezifischen Effekte der Parteipräferenzen auf die Wahlabsicht zugunsten der entsprechenden Parteien kaum voneinander unterscheiden.

Das Weglassen der Entscheidungsalternative „Nichtwähler, Weiß-Nicht“ wirkt sich zugunsten einer größeren Erklärungskraft des Modells für die Wahlentscheidung aus. Der generische Effekt zugunsten der Parteierstpräferenz und die kreuzweisen Koalitionseffekte (siehe zur genauen Spezifizierung der Effekte Tabelle 10) erklären zusammen 72 Prozent der Pseudo-Varianz. Allerdings ist von den kreuzweisen Effekten nur ein einziger statistisch signifikant: Befragte, die eine starke Parteipräferenz für die ÖVP haben, tendieren bei positiver Einschätzung der damals amtierenden Regierung aus ÖVP und BZÖ zur Wahl des BZÖ. Auf das deutsche System übertragen könnte man sagen, dieser Effekt erfasse eine sogenannte Leihstimme von AnhängerInnen der Volkspartei für den schwächelnden Koalitionspartner BZÖ unter der

Voraussetzung, dass man diese Koalition positiv einschätzte. Dieser Abstrom von ÖVP-AnhängerInnen wurde wahrscheinlich von keinem Zustrom von den AnhängerInnen anderer Parteien aus Koalitionsgesichtspunkten ausgeglichen. Höchstwahrscheinlich haben diese Stimmen aber dem BZÖ den Einzug in den Nationalrat erleichtert oder erst ermöglicht und eventuell gleichzeitig der ÖVP den Stimmenvorsprung vor der SPÖ gekostet.

Es bleibt noch zu klären, inwieweit die beiden großen Parteien unter den Befragten, die überhaupt keine starke Parteierstpräferenz besaßen, weil sie auf Rangplatz 1 eine Rangplatzbindung aufwiesen, von positiven Koalitionseinstufungen profitierten. Dafür bietet sich die Einschätzung der großen Koalition an, die bereits im Modell 3 von Tabelle 9 enthalten ist. Analog zu Schaubild 5 werden deshalb die Wahrscheinlichkeiten zur Wahl der Parteien und der Nichtwahl in Abhängigkeit von der Einschätzung der großen Koalition für die Befragten berechnet, die bei allen Parteipräferenzen den Wert 0 aufweisen.

Tabelle 10: Parteierstpräferenzen und kreuzweise Einflüsse der Koalitionspräferenzen auf die Wahlabsicht ohne Nicht-Wähler: Ein konditionales Logit-Modell

Determinanten			Effekte
Konstanten im Vergleich zur FPÖ-Wahl			
ÖVP			1,51*
SPÖ			1,49*
Grüne			0,91*
BZÖ			- 1,17*
Generischer Effekt der Parteierstpräferenz			4,03*
Parteierstpräferenz mal Koalitionsskalometer auf Parteiwahl			
BZÖ	ÖVP/BZÖ	ÖVP	-0,01
ÖVP	ÖVP/BZÖ	BZÖ	0,25*
Grüne	SPÖ/Grüne	SPÖ	0,06
SPÖ	SPÖ/Grüne	Grüne	0,02
Grüne	ÖVP/Grüne	ÖVP	0,02
ÖVP	ÖVP/Grüne	Grüne	-0,11
Log-likelihood			- 427,99
Pseudo R ²			0,72
N			941

* Signifikant auf 5%-Niveau

Schaubild 6: Parteiwahl der Wähler ohne strikte Erstpräferenz in Abhängigkeit von der Beurteilung der Koalitionsalternative SPÖ/ÖVP

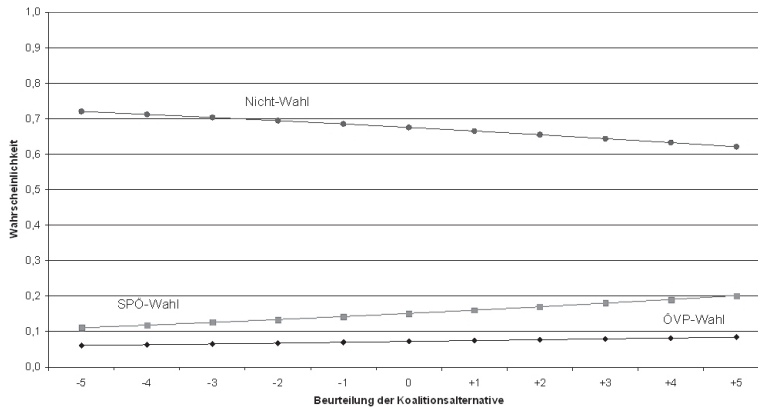


Schaubild 6 liefert die Antwort auf diese Frage. Bei den Befragten ohne starke Erstpräferenz hat die SPÖ weitaus mehr als die ÖVP von einem Mobilisierungseffekt profitieren können, der von einer positiven Einschätzung der großen Koalition ausging. Hier könnte man von einem externen Mobilisierungseffekt sprechen. Bei Ablehnung der großen Koalition verdoppelte sich der SPÖ-Anteil fast auf 20 Prozent, während der Nichtwähler-Anteil auf 62 Prozent zurückging. Dagegen fällt der analoge, leicht positive Effekt zugunsten der ÖVP kaum ins Gewicht, der sowieso nach Modell 3 (Tabelle 9) nicht signifikant ist.

5. Schlussfolgerungen

In diesem Aufsatz wurde gezeigt, dass die Koalitionspräferenzen der Wahlberechtigten neben den Parteipräferenzen einen eigenständigen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. Hat der/die WählerIn nur eine Stimme, die er einer Parteiliste geben muss, ist eine direkte Koalitionswahl ausgeschlossen. Von daher gesehen überrascht es nicht, dass die aktuelle Parteipräferenz der beste Prädiktor für die Wahl-

entscheidung ist. Trotzdem haben auch die Koalitionspräferenzen einen zumindest indirekten Einfluss, und dies selbst in einer Situation wie vor der österreichischen Nationalratswahl 2006, als relativ viele mögliche Koalitionen im Gespräch waren, ohne dass die Parteien versucht hätten, die Entscheidung auf eine klare Alternative zuzuspitzen wie 2005 in Deutschland mit einem entweder Rot-Grün oder Schwarz-Gelb. Das hat in Österreich natürlich nicht verhindert, dass die WählerInnen sich ihre eigenen Gedanken machten und Präferenzen für verschiedene Regierungskoalitionen entwickelten. Und diese Präferenzen wirkten auf das Wählerverhalten ein.

Ein Effekt ist der interne Mobilisierungseffekt. WählerInnen mit einer starken Parteipräferenz entscheiden sich leichter zur Wahlteilnahme oder entwickeln klarere Wahlabsichten, wenn sie ihre Wahlentscheidung mit der Entscheidung für eine bestimmte bevorzugte Regierungskoalition verbinden können. Davon haben alle Parteien profitiert, am wenigsten aber die Partei, die an den meisten Regierungsoptionen beteiligt war, die ÖVP. Den zweiten Effekt kann man als Leihstimme bezeichnen: Ein/e AnhängerIn einer Partei gibt seine/ihre Stimme dem bevorzugten Koalitionspartner, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, z.B. den Einzug eines kleinen Koalitionspartners ins Parlament. Dieser Effekt ließ sich für AnhängerIn-

nen der Volkspartei nachweisen, die eine Fortsetzung der damaligen Koalition mit dem BZÖ für eine gute Lösung hielten. Numerisch dürfte sich dieser Effekt in Grenzen gehalten haben, da es nicht mehr so viele AnhängerInnen dieser Koalition in den Reihen der ÖVP gab. Inhaltlich dürften diese WählerInnen sich eher mit der rechten Seite des politischen Spektrums identifiziert haben als mit der Linken einschließlich einer Gegnerschaft zur schnellen Gewährung eines Aufenthaltsrechts für illegale Einwanderer und auch einschließlich eines Kürzungskurses für Sozialausgaben.

Der Abwanderung dieser Leihstimmen stand bei der ÖVP keine wesentliche Zuwanderung aus anderen Wählergruppen gegenüber. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der Wahlberechtigten, die keine starke Erstpräferenz für eine bestimmte Partei besaßen. Von dieser Gruppe profitierte die SPÖ am meisten und zwar in erster Linie, weil die Sozialdemokraten als Verfechter einer großen Koalition galten.

Die ÖVP hatte keine schlechte Ausgangsposition. Dies geht aus der Prozentverteilung der Erstpräferenzen für die Parteien hervor. Danach hatten 32 Prozent der Befragten eine starke Präferenz für die ÖVP, aber nur 24 Prozent für die SPÖ. 18 Prozent zogen die Grünen anderen Parteien vor, 5 Prozent die FPÖ und 2 Prozent das BZÖ. 18 Prozent hatten keine starke Erstpräferenz.

Für diese 18 Prozent lässt sich mit Modell 3 von Tabelle 9 eine Wahlentscheidung vorausagen, und zwar allein mit den Koalitionspräferenzen. Dabei ergibt sich für jeden Befragten und jede der 6 Wahlentscheidungsoptionen eine prognostizierte Wahrscheinlichkeit. Letztere addieren sich für einen Befragten auf 1. Tatsächlich kann ein Befragter natürlich nur eine einzige Entscheidungsoption wählen. Akzeptiert man die größte der 6 Wahrscheinlichkeiten als die Voraussage, ergibt sich für die SPÖ der höchste Zuwachs aus dieser Gruppe, während die Zuwächse für die anderen Parteien und insbesondere die ÖVP verschwindend gering sind. Interner und externer Mobilisierungseffekt, also Zuwachs aus der Gruppe ohne starke Parteipräferenz, erklären zusammen mit den im Um-

fang eher kleinen, für das BZÖ aber überlebenswichtigen Abstrom von der ÖVP den Wahlsieg der Sozialdemokraten.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Studie wurde im Rahmen des Teilprojekts A9 „Erwartungsbildung und Wahlentscheidung“ des SFB 504 „Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung“ an der Universität Mannheim unter der Leitung von Thomas Gschwend, Michael Meffert und Franz Urban Pappi von Infratest dimap Berlin durchgeführt. Die Daten werden demnächst im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln archiviert. Die als Telefonumfrage durchgeführte Erhebung ergab ohne jede zusätzliche Gewichtung die folgende Verteilung für die Wahlabsicht (in Klammern amtliches Wahlergebnis): ÖVP 34,7% (34,33), SPÖ 33,6% (35,34), FPÖ 7,5% (11,04), Grüne 8,7% (11,05), BZÖ 2,4% (4,11), Liste Martin 1,9% (2,80), andere Parteien 1,2% (1,34).
- 2 Die neutrale Frage lautete: „Was halten Sie von der ÖVP?“ etc. Zuvor wurde erklärt, dass +5 bedeutet, dass man sehr viel von der Partei hält, und -5, dass man überhaupt nichts von der Partei hält. Bei der Abfrage der Koalitionspräferenz wurde die Erläuterung leicht variiert. „+5 bedeutet, dass Sie die Koalition für absolut wünschenswert halten, -5, dass Sie sie ablehnen, und bei 0 stehen Sie dieser Koalition neutral gegenüber. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“
- 3 Die Lösung wurde mit dem Programm MDS von STATA auf der Basis einer symmetrischen Matrix der euklidischen Distanzen zwischen den 17 Einstellungsobjekten berechnet. Dabei nehmen wir auf Intervallskalenniveau gemessene Skalometerwerte an. Die ersten beiden Dimensionen erfassen zwei Drittel der Summe der 16 Eigenwerte.
- 4 Der Fragentext lautet: „In der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es unterschiedliche Meinungen. Die einen sind für deutliche Steuererhöhungen, um die Sozialausgaben zu finanzieren, die anderen sind für deutliche Kürzungen bei den Sozialausgaben, um Steuern zu senken. Wie ist Ihre Meinung zum künftigen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Bitte sagen Sie es mir wieder mit Hilfe einer Skala von 1 bis 11. 1 bedeutet, dass Sie für deutliche Steuererhöhungen sind, um die Sozialausgaben zu finanzieren. 11 bedeutet, dass Sie für deutliche Kürzungen bei den Sozialausgaben sind, um die Steuern zu senken. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

- 5 Die Frage dazu lautete wie folgt: „Schon länger wird in Österreich diskutiert, wie das Problem der illegalen Einwanderer gelöst werden kann. Die einen sind für eine sofortige Abschiebung aller illegalen Einwanderer ohne Ausnahme. Die anderen sind dafür, dass illegale Einwanderer nach sehr kurzer Zeit eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wie sollte Ihrer Meinung nach mit illegalen Einwanderern verfahren werden? Bitte sagen Sie mir mit Hilfe einer Skala von 1 bis 11. 1 bedeutet, dass Sie für eine sofortige Abschiebung aller illegalen Einwanderer ohne Ausnahme sind. 11 bedeutet, dass Sie dafür sind, dass illegale Einwanderer nach sehr kurzer Zeit eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

LITERATURVERZEICHNIS

- Austen-Smith, David/Jeffrey Banks* (1988). Elections, coalitions, and legislative outcomes, in: *American Political Science Review*, 82(2), 405–422.
- Bargsted, Matias A./Orit Kedar* (2007). Voting for Coalitions: Strategic Voting under Proportional Representation, Annual Meeting of the Midwest Political Science Association, Ms., Chicago.
- Benoit, Kenneth/Michael Laver* (Hg.) (2006). *Party Policy in Modern Democracies*, Oxon.
- Blais, André/John H. Aldrich/Indridi H. Indridason/Renan Levine* (2006). Do voters vote for government coalitions? Testing Downs' pessimistic conclusion, in: *Party Politics*, 12(6), 691–705.
- Linhart, Eric* (2007). Rationales Wählen als Reaktion auf Koalitionssignale am Beispiel der Bundestagswahl 2005, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (3), 461–484.
- Linhart, Eric/Susumu Shikano* (2007). Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativlosigkeit, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36 (2), 185–200.
- Meffert, Michael/Thomas Gschwend* (2007). Strategic Voting under Proportional Representation and Coalition Governments: A Simulation and Laboratory Experiment, Annual Meeting of the Working Group for Decision Theory and Behavioral Decision Making of the German Political Science Association, Ms., Jena.
- Müller, Wolfgang C.* (2006). Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs, in: *Herbert Dachs et al.* (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 279–304.
- Müller, Wolfgang C./Christian Scheucher* (1994). Persönlichkeitswahl bei der Nationalratswahl 1994, in: *Andreas Kohl/Günther Ofner/Alfred Stirnemann* (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch '94 für Politik*, Oldenburg, 171–197.
- Pappi, Franz U./Thomas Gschwend* (2005). Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, in: *Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, 284–305.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2005). Die Erdrutschwahlen 2002 in Österreich, in: *Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels* (Hg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, 572–594.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2006). Wahlverhalten, in: *Herbert Dachs et al.* (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien, 550–604.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (Hg.) (2007a). Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2007b). Wählerbewegungen und Parteienkampagnen im Nationalratswahlkampf 2006, in: *Fritz Plasser/Peter A. Ulram* (Hg.): *Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006*, Wien, 19–79.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Gilg Seeber* (2003). Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten, in: *Fritz Plasser/Peter A. Ulram* (Hg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien, 97–157.
- Schofield, Norman/Itai Sened* (2006). *Multiparty Democracy. Elections and Legislative Politics*, New York.
- Ulram, Peter A./Wolfgang C. Müller* (1995). Die Ausgangslage für die Nationalratswahl 1994: Indikatoren und Trends, in: *Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser/Peter A. Ulram* (Hg.): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994*, Wien, 13–40.

AUTOR

Franz Urban PAPPi war von 1990 bis 2007 Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft I der Universität Mannheim und ist weiterhin Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Der vorliegende Aufsatz ist in dem Projekt „Erwartungsbildung und Wahlentscheidung“ entstanden, das der Autor zusammen mit Professor Thomas Gschwend, Ph.D., im Sonderforschungsbereich 504 (Rationalitätskonzepte, Entscheidungsverhalten und ökonomische Modellierung) leitet. Weitere Drittmittel-Projekte untersuchen Nähe- und Richtungswählen im internationalen Vergleich und die Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern.

Korrespondenzadresse: Universität Mannheim, MZES, A 5, 6, D-68131 Mannheim.

E-mail: Franz.Pappi@mzes.uni-mannheim.de